

Ergebnis täglich
früh 6¹/₂ Uhr.
Arbeits- und Expeditions-
Satzungssatz 25.
Zwischen den Heiligen:
Montag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.
Der Wochende eingehender Mann-
schaft nicht im Dienst nicht
verhandelt.
Festnahme der für die nächs-
tige Woche bestimmten
Raumteile am Montag bis
zum Mittwoch, am Don-
nerstag früh bis 9 Uhr.
Gute Stube für das Auskunfts-
amt, Unterkünfte 22,
seit 8 Uhr, Röhrstraße 18,
am bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsvorleben.

N° 227.

Freitag den 15. August 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont 4 Prozent, der Lombard-Kredit 5 Prozent.
Berlin, den 18. August 1879.
Reichsbank-Direktorium.

Bekanntmachung.

Der offizielle Anfang der diesjährigen Michaeliskusse fällt auf den 29. September und es endigt
nicht mit dem 18. Oktober.

Gährend dieser drei Wochen können alle in- und ausländischen Handelsleute, Fabrikanten und Ge-
meinsame ihre Waren hier öffentlich feilbieten. Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen

Art bereits in der zum Auspochen bestimmten Woche, vom 22. September an betrieben werden.

Das Auspochen der Waren ist den Inhabern der Mietlokale in den Häusern ebenso wie den in
den und auf Ständen befindlichen Verkaufsläden in der Woche vor der Wöchentwoche gestattet. Zum

Ende ist das Offthalten der Mietlokale in den Häusern auch in der Woche nach der Wöchentwoche
gestattet.

Jede freiherrliche Größen, sowie jedes längere Offthalten eines solchen Verkaufsläden wird, außer der
weiteren Schließung derselben, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwidderhandlung, mit einer Geldstrafe bis
zu 50 Pf. geahndet werden.

Personen, welche mit dem in §. 55 der deutschen Gewerbeordnung vorgeschriebenen Begutachtungsschein
nicht versehen sind, dürfen bei Befreiung einer Geldstrafe bis zu 150 Pf. oder entsprechender Haftstrafe
den Haushandel während der Reise nur nach eingeholter Erlaubnis des Polizeiamtes und auch mit dieser
nur in den eigentlichen drei Reisewochen betreiben.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptpolizeilichen Lösung des Waarenvertrages an bis mit
Ende der Woche nach der Wöchentwoche das Speditionsgefecht hier gestattet.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Die Selbstständigkeit der national- liberalen Partei.

Wer kenne nur die Presse der Offizieren und der
Gouvernementalen aller Schattierungen läßt, der
möchte die Vorstellung gewinnen, als sei in Deutsch-
land jene politische Richtung, die eine Reihe von
Jahrzehnten hindurch recht eigentlich unser öffent-
liches Leben getragen hat, der gemäßigte Liberalismus,
ganz verschwunden. Das Gelinde steht
noch, daß diese Herren eine "nationalliberal-
e Partei" gar nicht mehr kennen; statt
dessen spricht die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung"
von den Fortschrittsparteien." Die national-
liberale Partei wird als dem "Radikalismus" ver-
sehen dargestellt, "da man entdeckt an ihr bereits
einen "revolutionären" Charakter. Allzu sehr
können diese Tollheiten nicht Wunder nehmen;
hat doch Fürst Bismarck selbst in seiner Rede
vom 9. Juli die Nationalliberalen mit den
Sozialdemokraten sozusagen auf eine Stufe gestellt!
Wer über man sich aber in der That wundert
mag, ist, daß sie selbst in unbefangenen und wohl-
wissenden Kreisgruppen ernsthaft diskutiert werden.
Es kann so schwer, die Dinge zu sehen, wie sie
wirklich sind? Aus der nationalliberalen Fraktion
des Reichstags ist eine Anzahl von Männern aus-
geschieden; aber hat sich damit eine Veränderung
in dem grundsätzlichen Standpunkte der Partei
vorgenommen? Umgekehrt, die Auscheidung jener
Männer erfolgte, weil sie sich von diesem Stand-
punkt entfernt hatten. Die nationalliberale
Fraktion des Reichstags hat sich zum ersten Male
in einer Gesetzgebungsfrage von der umfassendsten
und weittragendsten Bedeutung der Reichs-
regierung auch im entscheidenden Augenblick
ausgezeichnet; aber hat sie damit ihrerseits
das Band zerriß, durch welches sie seit der
Gründung des Norddeutschen Bundes mit der
Regierung verknüpft war? Umgekehrt, die Re-
gierung zerriß das Band, indem sie von der
hierher besetzten gemeinsamen Bahn weit, weit
abwich. Wir reden nicht von der vollständigen
Rückkehr in die Handelspolitik, obgleich eine solche
Sion in den vorjährigen Wahlkampf des Central-
comites der nationalliberalen Partei, bei
der Schenkung der divergierenden handelspolitischen
Ansichten, zurückgewesen war. Was aber die
nationalliberale Partei ihrem ganzen Wesen
noch niemals zugetrauen konnte, war die Bestre-
bung absolut unentbehrlicher Lebensmittel und die
Befreiung der finanziellen Selbstständigmachung
des Reichs in ihr Gegenteil. Noch in der viel-
erwähnten Rede vom 22. November 1875 be-
zeichnete Fürst Bismarck als die von ihm für
die Bevölkerung bezüglichste Befreiung in
Höhe gesuchten Objekte diejenigen Verehrungs-
objekte, deren man sich, ohne das Leben zu
säubern, in gewissem Maße wenigstens zu ent-
zögeln vermöge. Nun, das Brod gibt sicherlich
nicht zu diesen entbehrlichen Gegenständen; wenn
Fürst Bismarck trotzdem auf der Wiedereinführung
der Schiedspolitik bestand, wenn er mit dem ganzen
Gewicht seines Ansehens für die Verboppelung
des vom Bundesrat vorgeschlagenen Roggenzoll
eintrat — wer hat dann den alten Standpunkt
verlassen? Lieber das Radikal bei sowohl, welches
der ultramontane Particularismus mittelst
des Antrags Frankenstein in die Reichsver-
fassung gelegt hat, in jedes weitere Wort über-
ging. Was sich der Reichskanzler gedacht hat,
als er auf diesen Antrag einging, können wir
nicht wissen; soviel aber ist uns gewiß, daß,
wenn ihm derselbe Vorschlag von national-
liberaler Seite gemacht wäre, er an dem
Verstande des Autors gezwungen haben würde.
Und nun soll die nationalliberale

Rückseite versprach er „als Jurist“, d. h. nach
Recht und Gerechtigkeit, anstatt nach politischen
Voreingenommenheiten zu behandeln, während er
auf seinen Plänen für das Unterrichtswesen gar
Richts sagte, aus dem einfachen Grunde, weil er
dieses nur eben tatsächlich mit übernahm, statte-
mehr es mit dem Cultusdepartement nun einmal
völklich zusammenhing. Er hat also nichts
versprochen und doch so viel geleistet, daß die deutsche
Lehrerwelt in ihrer weit überwiegenden Masse es
ihm anztritt, erklärte Dank weiß. Wer Das
herausziehen sucht mit Unterstellungen wie der
obigen, sagt lediglich seine eigenen Motive
und angemessenem Verdacht aus. Wie übri-
gens das jetzt am Ruder stehende Regime
die durch den Abgang Falck's geschaffene
Situation ansieht, dafür erbringt die Tagess-
schichte zahlreiche Beweise. Einen unglaublichen
Wurm mache u. a. die von uns gemeldete
„angebliche“ Ernennung des „christlich-socia-
listischen“ Agitators, Hofprediger Stöcker zu
Berlin, in ein hohes Kirchenamt. In dieser An-
gelegenheit schreibt man uns vom Mittwoch aus
Berlin: „Man ist in hiesigen liberalen Kreisen
darauf nicht überrascht von dem Dementi, welches
die „Kreuz-Ztg.“ der mit großer Bestimmtheit an-
tretenen Wahrheit entgegengesetzt hat, der Hof-
prediger Stöcker, der bekannte Führer der
christlich-socialen Partei, werde zum General-
Superintendenten der Provinz Ost- und West-
preussen ernannt werden. So ganz und gar aus
der Lust geprägt, wie dies Organ der Orthodoxie
es gern glauben mögen möchte, ist die Nachricht
wohl nur doch nicht. Man traut in Regierungskreisen
der Stimme im Lande doch nicht gar
sehr, trotz der hochoffiziellen Ansätze, welche die
Regierungspresse täglich anstellt und wird erst
die Wahlen abwarten, ehe man zu derartigen
Maßregeln zu schreiten wagt, welche, wie die Be-
förderung des Herrn Stöcker, dem protestantischen
Bewußtsein der Mehrzahl der Evangelischen ein
Gaußschlag ins Gesicht sein würden. Aus diesem
Grunde ist es auch sehr wahrscheinlich, daß die
General-Synode, deren reactionaire Brüder
sammenkongregiert das Schlimmste befürchten läßt,
zuerst nach vollzogenen Wahlen zusammen-
treten wird, um nicht die Wähler von vorherhin
mit einer religiösen Reaction zu angreifen. Um
so auffallender ist es indeß, daß der neue Cultus-
minister, Herr von Buttstädt, bei seiner jüngsten
Anwesenheit in Pommern die Einweihungs-
feier eines neuen Gymnasiums in Cölln dazu de-
nugt hat, den vollständigen Gegenseit seiner politi-
schen und religiösen Ansichten mit denen
seines Vorgängers, Dr. Falck, hervorzuheben und
ausdrücklich zu betonen. Es wird Dies der Re-
gierung bei vielen Wählern, welche die Verwaltung
des Cultusministers Dr. Falck außerordentlich
scheint, nicht gut besondern Empfehlung ge-
tunnen.

Wir sehen uns genötigt, hieran anhängend nochmals auf die Neuerungen des Herrn von
Buttstädt aufzugehen, da einige bemerkens-
werthe neue Versionen vorliegen. In einem Ber-
icht der „M. Z.“, der aus der Feder eines fest-
theilnehmers erschossen ist, heißt es:

Der Minister dichtet, es habe ihn sehr ange-
nehm berichtet, daß des Namens seines Amtsvor-
gängers hier in so plausibler Weise Er-
wähnung geschieben sei. Er schaue die Verdienste
des Ministers Falck sehr hoch und müsse zustimmen,
daß auch die legte, dem bisherigen Gymnasium zu-
geschlossene Subvention dem Amtsvoränger zu ver-
danken sei und daß er, der Redner, die betreffende
Befreiung nur mechanisch unterschrieben habe.
Im übrigen „scheide“ er sich von seinem Amtsvor-
gänger sowohl in religiöser, als in politi-
scher Beziehung und werde diese Ansicht auch

Bekanntmachung.

Den Verlust der Stimmberechtigung wegen Abgabenschänden betreffend.
Nach Beschrift der Revidierten Städte-Ordnung §. 44 unter g sind von der Stimmberechtigung bei
den Büchern alle diejenigen Bürger, welche die Abentrichtung von Staats- und Gemeindeabgaben, einschließlich
der Abgaben zu Schul- und Armen-Gassen länger als zwei Jahre ganz oder teilweise im Süß-
stande gelassen haben, ausgeschlossen.

Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung fordern wir daher aus Beratung der bevorstehenden
Wahlordnung des Stadtverordneten-Collegiums alle Abgaben-Bücher, welche davon betroffen
werden, zur ungeläufigen Ausführung ihrer Rückstände auf.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebenen Pfasterarbeiten auf der Nord- und Nordstraße, sowie
die Beliebung der Granitwälle auf denselben Straßensträßen sind vergeben und seien wir die unbedüs-
sichtigt gebliebenen Herren Bewerber hieron in Kenntniß.
Leipzig, den 13. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung der Schleusenanlagen in der Windmühlstraße bleibt die Strecke von der Turner-
resp. Wasserhausstraße bis zum Bayerischen Platz vom Freitag, den 15. August, ab bis auf Weiteres für
den Durchgangsverkehr gesperrt.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Wangemann.

Rathausstrasse 45, Tel.
incl. Bringerlohn 5 Pf.
durch die Post 25 Pf.
Jede einzelne Rämme 25 Pf.
Belagerungsplat 10 Pf.
Verhältnis für Erreichbaren
ohne Postübertragung 20 Pf.
mit Postübertragung 40 Pf.

Postamt 20 Pf.
Gesamtkosten laut unserem
Preisverzeichnis. Lokalischer
Sach nach höherem Tarif.
Rechnen unter dem Rechnungssatz
die Spaltelle 40 Pf.
Unterste sind Preis an d. Spaltelle
zu leisten. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prämiumzahlig
oder durch Postvertrag.

U. G.
u. G.
C. P. I. H.
u. G.
A. 100 G.
A. 100 F.
A. 440 G.
A. 107 G.
A. 175 G.
A. 175 F.

sehalten, bis ihm Sr. Majestät das ihm anver-
traute Portefeuille wieder abnehme.

Der allzeit erwartete Schluss dieser Tischrede,
ein Hoch auf Falck, erfolgte nicht, vielmehr folgte
Redner, daß er sich nicht veranlaßt sah, mit irgend einem Trinkpunsch zu schließen.
Dies erzeugte in der Versammlung einige Se-
fation, jedoch, wie der Bonner nur einmal ist —
der Redner in dieser Angelegenheit war Schweigen.
Man jagten sich Läuse auf Tisch. Ramentino ge-
dachte man der königlichen Baumeister, der Werk-
meister und der Arbeiter an dem imposanten Bau,
endlich der spätere Prinz von Sachsen-Cölln, und damit
endete das sonst sehr liebliche Fest. Der Minister stand dann unglücklich auf, um noch das königliche
Seminar und andere Unterrichtsanstalten zu be-
leben, und ließ die Versammlung in etwas ge-
heißter Stimmung zurück.

In einem Bericht des „B. T.“ äußerte sich
Herr v. Buttstädt wie folgt:

„Ich schaue Herrn Dr. Falck; er ist ein treu-
samer, begabter Mann (.), aber ich muß es
von vornherein bemerken, daß ich nicht auf dem
Standpunkt meines Herrn Vorgängers im Amt
stebe, daß ich nicht mit seinen politischen und
nicht mit seinen religiösen Ansichten überein-
stimme. Grüttet Sie von mir nicht zu viel.
Mit demselben Pflichtgefühl, das an unseren Kaiser
und Herrn bestellt werden, wenn ich mit Ihnen, die mich
dazu berufen, mit meinem Kaiser und dem
fürstlichen Bismarck, nicht mehr im Einvernehmen
sein sollte.“

Sehr treffend bemerkte dazu die „Rat. Ztg.“:

„Hat wirklich Herr v. Buttstädt eine solche
oder eine ähnliche Rede gehalten, so müßte man
absehen von der politischen Tragweite, von dem
Tact Notiz nehmen, mit welchem der neue Cultus-
minister die Gelegenheit ergreift hat, um die
Kritik seines Vorgängers anzuhören. Wir ge-
sehen, daß wir es zunächst doch noch für unglück-
lich halten, daß Herr v. Buttstädt den berühmten
Staatsmann, dem er nachfolgt, aber sicher ohne
ihn zu erreichen, für einen „strebsamen und be-
gabten“ Mann erklärt, so wenig wir den ersten
Theil jenes Bobes Herrn v. Buttstädt streitig
machen würden. Daß ein Cultusminister seine
religiöse Stellung“ im Gegensatz zu der religiösen
Stellung seines Vorgängers zum Gegenstand eines
Vortrages bei einem Festdinner mache, wäre gleich-
falls etwas Neues, aber, wie es scheint, keines-
wegs deshalb etwas Gutes oder nur Vorsicht.
Um Niedrigkeit wollen wir den weiteren Ausführun-
gen über diesen merkwürdigen Fall entgegensehen,
die sicher nicht ausbleiben werden; dann erst wird
es an der Zeit sein, sich über die formelle und
materialle Bedeutung eines solchen Anstrengens aus-
zusprechen.“

Die Beruhigung und Verleumdung der
Liberalen ist das jetzt von dem Chor der offi-
ziellen Presse in allen Tonarten vorstellige Thema.
Siebt die „Provinzialcorrespondenz“, ein
Blatt, welches einem vom preußischen Landtag
bewilligten Staats-Posten sein Dasein verdankt und
welches eine Zeit lang sich eines gemäßigteren
Tempo befreigte als die übrigen Regierungsbücher,
ist vom piano zum fortissimo über-
gegangen. Und Das erlaubt sich ein Organ,
das im preußischen Ministerium des Innern
redigirt und aus den Taschen der Steuerzahler
bezahlt wird! Man darf in der That begierig
sein, ob das Centrum auch in den nächsten Sessien
des Abgeordnetenhauses bei dem Widerspruch be-
harrten wird, den es bisher den geheimen Fonds
entgegengesetzt hat. Nach der linken Flügel der
nationalliberalen Partei entgeht dem Thema
des halbmäßigen Organs nicht, welches das
von der „National-Zeitung“ für die liberale Partei
als solche aufgestellte Programm des Widerstandes
in sehr entschiedener Weise bekämpft. Es ist Dies